



Flächenbrand in Bayern

In Zeiten des Klimawandels will die Forstwirtschaft in Deutschland stabile Mischwälder aufbauen.

Um dieses Ziel zu erreichen, haben die Bayern den Grundatz „Wald vor Wild“ im Waldgesetz verankert. Das Motto sorgt nicht nur für Diskussionen, sondern bildet den Sprengsatz, um das Bild der traditionellen Jagd zu zerstören. Dazu werden gezielt alte Allianzen gespalten, die Öffentlichkeit instrumentalisiert, Verbände aufgehetzt und ausgespielt. HEIKO HORNING berichtet.

Seit der Forstreform und der Reform des Waldgesetzes ist in Bayern nichts mehr wie vorher. So sehr Landwirtschaftsminister Helmut Brunner diese der Öffentlichkeit als Erfolg verkaufen will – die Jäger glauben ihm das nicht. Der im Waldgesetz verankerte Grundatz „Wald vor Wild“ hat in den bayerischen Staatswäldern den Umgang mit dem Wild derart verändert, dass eine Privatinitiative und der Deutsche Jagdschutzverband (DJV) Protestunterschriften dagegen sammeln. Aber das alles scheint recht wenig zu nützen.

Im Herbst 2009 mussten die Waidmänner in Bayern ein Vegetationsgutachten hinnehmen, das trotz gesunkener Verbissprozent weiterhin steigende Abschussempfehlungen gibt. Landauf, landab scheint es beinahe keinen Tageszeitungsartikel zum Thema Bäume mehr zu geben, in dem nicht zumindest am Rande erwähnt wird, dass der Verbiss in Bayerns Wälder deren Aufwachsen gefährde.

Im Dezember 2009 forderte der Bayerische Oberste Rechnungshof, die Unteren Jagdbehörden weg von den Landratsämtern und hin zu den staatlichen Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu verlegen, damit die Abschussplanung getreu dem Leitsatz „Wald vor Wild“ endlich konsequent durchgesetzt würde.

Im Landtag wechseln sich die Freien Wähler und die SPD mit Anträgen ab, die die Macht der Staatsforstverwaltung stärken sollen.

Der Bund Naturschutz in Bayern (BN) hat im Februar 2010 ein Seminar für Jagdberätere unter Moderation von Dr. Klaus Thiele vom Ökologischen Jagdverband (ÖJV) durchgeführt.

Alle möglichen Aktionen zum Thema „Waldumbau“ laufen scheinbar nach einem geheimen Plan ab.

Das Schlimme ist, den Plan gibt es: Das geht aus einem Projektbericht des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hervor, der WILD UND HUND zugespielt wurde. Er beweist: Eine Clique von Ministerialen und Beamten im Landwirtschaftsministerium hat auf allen Ebenen der herkömmlichen Jagd den Krieg erklärt. Ziel ist es, das traditionelle Bild der Jagd, wie es der Landesjagdverband (BJV) repräsentiert, zu demontieren und zu zerstören.

Für ihr Vorhaben gibt es bereits ein Vorbild: So, wie das Rauchverbot mit einer Umwidmung des Rauchers vom hedonistischen Genießer zum suchtkranken Egoisten begonnen habe, wollen sie jetzt mit dem Thema „zeitgemäße Jagd“ umgehen – so steht es im internen Papier. Dazu gilt es natürlich, einen „medialen Humus“ auszubringen, auf dem die Pflanze einer neuen und besseren Jagd gedeihen kann.

Entstanden ist der Masterplan aus der Tätigkeit einer Projektgruppe, die sich zwischen April und Juli 2008 unter der Obhut des Landwirtschaftsministeriums zusammenfand. Zu ihr gehörten hochrangige Mitarbeiter der Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ÄELF), Abteilungsleiter der Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LWF) und Mitarbeiter des Bayerischen Staatsministeriums selbst. Ihr Ziel: „Strategien und Lösungen, wie die bayerischen Waldbesitzer noch besser erreicht, interessiert, informiert, motiviert und aktiviert werden können, mit Unterstützung der

Forstverwaltung und der Selbsthilfeeinrichtungen verstärkt in den Umbau ihrer Wälder einzusteigen.“

Das klingt erstmal unverfänglich. Allerdings finden sich auf der Liste der „größten Hindernisse“ zuoberst: „Die verfilzte Struktur der Jagd – die uneinsichtigen Jäger“, dicht gefolgt von „Der Waldbesitzer fordert zu wenig seine Rechte ein“. Um das zu ändern, beschloss man, das „enge soziale Geflecht“ zwischen Jägern und Waldbesitzern gezielt zu sprengen. Als Handlungsoptionen formulierten die Staatsdiener unter anderem: „Die Waldbesitzer/innen mit einfach zu handhabenden Werkzeugen ausstatten (Wildschadensanmeldung, Argumentationsketten, rhetorische Fallen)“ sowie: „Den Ökologischen Jagdverband Bayern dem Landesjagdverband Bayern öffentlich gleichstellen und jeweils immer beide Spitzen zu öffentlichen Anlässen einladen und würdigen.“

Die Grundbesitzer werden also gezielt gegen die Jäger aufgehetzt, und der Bayerische Jagdverband soll vor aller Augen demontiert werden. Das alles flankiert von einem „eindeutigen und glaubhaft nachvollziehbaren Bekenntnis zum Gesetz Wald vor Wild“.

Weiterer Vorsatz der Forstverwaltung: Es „können sich die Wertigkeiten, Wünsche und Anforderungen an die Jagd verändern, wenn wir JETZT das Thema ‚Was ist gute Jagd‘ aktiv besetzen und kommunizieren.“ Das erklärt, warum das Thema Jagd also immer öfter ohne die Jäger des BJV behandelt wird. Die Deutungshoheit, was gute Jagd in Bayern ist, gilt es dem BJV und seinem Präsidenten Jürgen Vocke abzugeben.



Vor dem Bayerischen Jagdverband gibt sich Landwirtschaftsminister Helmut Brunner (CSU) jagdfreundlich, sein Ministerium aber will das traditionelle Bild der Jagd zerstören.

Bereits im Herbst 2008 hatten sich aus dem Plan der Ministerialen spezialisierte Projekte entwickelt, die mit Millionenaufwand ausgestattet wurden. Allein für das „Projekt Multiplikatoren“ wurden neben dem Personalaufwand mal eben noch eine halbe Million Euro an Schulungsunterlagen und Reisekosten eingeplant. Die bayerischen Steuerzahler berappen also einen satten Preis für den „medialen Humus“, über den sie als ahnungslose Pflanzen seit mindestens einem Jahr das Gift gegen die Jagd aufnehmen.

Bitter für die Jäger im Freistaat ist: Sie finanzieren ihre Totengräber auch noch mit. Aus der Jagdabgabe 2008 wurden laut Ministerium allein 36000 Euro entnommen, um „Fortbildungsseminare und Informationsmaterial für Jagdgenossen und Eigenjagdbesitzer in Bayern“ zu erstellen.

Aus der Jagdabgabe wird derzeit auch das Projekt „Brennpunkt Schwarzwild“ vom Bayerischen Bauernverband und LWF unterstützt. Dessen Auftaktseminar fand am 24. November 2009 statt – aber ohne die bayerischen Jäger. Einzig die Spitze des BJV war eingeladen. Auf dem Podium fanden sich auch nicht etwa Schwarzwildexperten wie Ernst Hahn oder Wolf Pösl vom BJV, sondern beispielsweise Dr. Ulf Hohmann aus Rheinland-Pfalz, der den Bayern nahelegte, die Schonung der Leitbächen aufzuheben, und im ÖJV dafür gefeiert wird. Ebenfalls

referierte Wildbiologe Niels Hahn, der schon 2008 in seiner „Evaluierung der Empfehlungen zur Reduzierung erhöhter Schwarzwildbestände in Bayern“ geraten hatte, auch Methoden wie Gift oder Hormone in Betracht zu ziehen. Im offiziellen Endbericht fehlte die Anwendung von Gift.

Und obwohl Bayerns Jäger im vergangenen Jahr eine Rekordstrecke von 62000 Sauen erzielt hatten, lobte der anwesende Landwirtschaftsminister Helmut Brunner ausgerechnet das Unternehmen Bayerische Staatsforsten (BaySF), das „überproportional viele Sauen“ geschossen habe und sich auf einem „guten Weg“ befindet. Dabei hatte die BaySF mit einer Strecke von gut 9000 Stück im Jagdjahr 2008/2009 gerade mal einen Anteil von 15 Prozent an der Gesamtstrecke abgeliefert. Selbst ohne Gebirgswälder hat das Unternehmen aber 23 Prozent der bayerischen Waldflächen in seiner Obhut.

Diese Veranstaltung sei „eine Annäherung gegenüber der Masse von Jägern im BJV“ gewesen, „die ja überwiegend die Pächter der Schwarzwildreviere, Schadenbezahler und vor allem die Schwarzwildjäger schlechthin sind“, schimpft BJV-Schwarzwildexperte Ernst Hahn. Er ärgerte sich nicht nur über viel zu theoretische Ansätze, über falsche Statistiken und Widersprüchlichkeiten in den Referaten, sondern glaubt, dass dieser Wahnsinn Methode hat: „Die Forderungen des BBV nach Nachtzielgeräten, Schonzeitaufhebung und Fütterungs-

bzw. Kirrverbot tragen die Handschrift des ÖJV.“

An das Seminar in Herrsching schließt sich in den kommenden drei Jahren ein gleichnamiges Projekt in drei Modellregionen an, das ebenfalls mit jährlich 75000 Euro aus der Jagdabgabe gesponsert wird. Laut Ministerium liegt die Durchführung des Projekts bei der LWF – beantragt hat die knappe Viertelmillion aus den Jagdabgaben der nächsten Jahre aber der Bauernverband. Das zeigt, wie eng hier kooperiert wird, und erklärt, warum die Jäger bei dem Schwarzwildsymposium des Bauernverbands in genau jener Weise düpiert wurden, wie es der Projektbericht „Waldumbau und Klimawandel“ vorgesehen hat.

Wer um den Masterplan der Projektgruppe aus dem Jahr 2008 weiß, dem wird die wahre Bedeutung des Slogans „Wald vor Wild“ jedenfalls klar: Unterfüttert vom millionenteuren Forstlichen Gutachten zur Situation der Waldverjüngung bildet er die Grundlage zur Zerstörung des traditionellen, kulturell in Bayern verankerten Jagdsystems. Die ewige Aussage „Verbiss zu hoch“ schafft beliebigen Finanz- und Handlungsspielraum für die bayerische Staatsforstverwaltung und hält die Öffentlichkeit auf ihrer Seite.

Das erklärt unter anderem, warum in Bayern seit über 20 Jahren, in denen es fundierte und teils harsche Kritik gab, noch immer ein Forstliches Gutachten zur Situation der Waldverjüngung existiert.

tiert, eigentlich aber immer von Verbissgutachten gesprochen wird. Dabei stellt sich nach Ansichten einiger Experten sogar die Frage, ob der angeprangerte Verbiss überhaupt eine Rolle für das Aufwachsen der Wälder spielt. Der ehemalige Forstdirektor Helmut Steiner, über zwei Jahrzehntlang Leiter eines Forstamts im Steigerwald, sieht hier ein reines Herrschaftsinstrument: „In der Staatsforstverwaltung sitzen Leute, die nicht ausgefüllt sind und finanziell nicht für das einstehen müssen, was sie tun. Also schurigeln sie den, der sich schurigeln lässt, und das sind nun mal die Jäger“, sagt er.

Und wie sich diese schurigeln lassen: Trotz ihrer jahrelangen methodischen und inhaltlichen Kritik setzen sie nicht durch, dass der Zusammenhang zwischen Abschuss und Verbiss überhaupt grundlegend erforscht und das Instrument Vegetationsgutachten wissenschaftlich evaluiert wird.

Zwar kritisierten BJV-Experten, unter ihnen Prof. Paul Müller (WuH 24/2007, Seite 12 ff.), das Gutachten, seine Methodik und die daraus gezogenen Schlüsse. Eine diesbezüglich gegründete Arbeitsgruppe aber konnte noch keine Veränderung erreichen. Das Gutachten wird in Bayern weitgehend noch wie eh und je erstellt.

Bauernverband und LWF machen das ganz anders: Die „Empfehlungen zur Reduktion überhöhter Schwarzwildbestände in Bayern“ wurden schon vier Jahre nach ihrer Entstehung im Auftrag der Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LFW) von dem Wildbiologen Niels Hahn genauestens evaluiert. Zwei Jahre lang arbeitete er an einem 170 Seiten starken Bericht mit Vorschlägen, wie die Schwarzwildbejagung künftig zu verbessern sei. Heraus kamen eine Menge praxisfremder, nicht waidgerechter Empfehlungen, finanziert aus der Jagdabgabe. Hätten die Jäger dieses Geld nicht lieber in eine Evaluation, Überarbeitung oder gar Abschaffung des Vegetationsgutachtens gesteckt gesehen?

Der BJV jedoch nimmt solche Ereignisse beinahe widerspruchslos hin. Diese Starre wissen die Staatsdiener im Forstdienst – dank Masterplan und Steuergelder – bestens zu nutzen. Und so war

es auch einer von ihnen, der für einen der jüngsten Schläge gegen das Jagdsystem verantwortlich zeichnet. Der Bayerische Oberste Rechnungshof forderte am 8. Dezember 2009 in seinem Jahresbericht, die Abschussplanung weg von den Unteren Jagdbehörden an den Landratsämtern und hin zu den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ÄELF) zu verlegen. Damit würde es gelingen, die für die Forstverwaltung unangenehmen Ergebnisse der Forstreform wieder zurückzudrehen. Seitdem nehmen die Landratsämter eine Vermittlerrolle zwischen den Ansprüchen der Staatsforstverwaltung und den Vorstellungen der Hegegemeinschaften ein. Würde die Abschussplanung für Privat- und Staatswald in den Händen der ÄELF



FOTOS: VIVIENNE KLIMKE

liegen, hätte die Forstfraktion dann von Vegetationsgutachten bis Sanktionierung des Abschusses freie Hand. Bayerns Jäger würden so komplett dem staatlichen Motto „Wald vor Wild“ ausgeliefert. Nach Prüfung von nur rund einem Fünftel der Behörden auf Landkreis- und Kommunalebene war der Oberste Rechnungshof des Freistaates zu dem Schluss gekommen, dass die Empfehlungen zur Abschussplanung in zu wenigen Fällen tatsächlich durchgesetzt würden. Schon im Vorspann des Berichts wird „Wald vor Wild“ erwähnt, und die Sesam-öffne-dich-Formel „Verbiss zu hoch“ findet auch hier ihre Anwendung. Der Prüfer ist selbst Förster, und er befand sich in bestem Einverständnis mit Bayerns oberster Fachbehörde, als er schrieb: „Das Forstministerium muss einheitlich und effektiv steuern.“ Mit keinem Wort

kritisiert der Oberste Bayerische Rechnungshof, dass ein Ministerium für ein umstrittenes und äußert anfechtbares Verfahren wie das Vegetationsgutachten seit dessen Bestehen rund 20 Millionen Euro Steuermittel ausgegeben hat.

Größter Leidtragende dieses politischen Spiels in Bayern ist das Wild. Denn was geschieht, wenn eine Politik nach dem Motto „Wald vor Wild“ durchgeführt wird, lässt sich in den Wäldern des Unternehmens Bayerische Staatsforsten beobachten:

Im vergangenen Jahr verhungerten aufgrund geschlossener Fütterungen Rotwild, beispielsweise im Forstbetrieb Oberammergau – was der Forstbetriebsleiter öffentlich leugnete.

Im Bayerischen Wald ließ sich der Forstbetrieb Neureichenau kürzlich von der Regierung den Abschuss im Wintergatter genehmigen – nachdem von der Regierung nicht näher benannte Experten einen um das Doppelte zu hohen Rotwildbestand diagnostiziert hatten. Laut einer Veröffentlichung auf der Internetseite des Nationalparks Bayerischer Wald beträgt er im Bereich der Hochwildhegegemeinschaft aber gerade mal 1,5 Stück auf 100 Hektar.

Die Rotwildstrecken weisen im Durchschnitt der letzten vier Jagdjahre nur noch einen Anteil an Einser-Hirschen von unter einem Prozent auf. Während sich die bayerische Staatsregierung also im „Jahr der Biodiversität“ mit Vorzeigeprojekten schmückt, wird die größte Säugerart des Landes in Grund und Boden geschossen.

